

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1263

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Reynolds einschließlich Pringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreise: die 29 mm breite Kompositionelle  
30 Pf., die 50 mm breite Reklamelle 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietge-  
bote 40 Proz. Rabatt. Für Belegübertragung 10 Pf.

Nr. 273

Dresden, Mittwoch den 25. November 1925

36. Jahrg.

## Was Everling sagte

Am Reichstag wurde gestern ein interessantes Dokument ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Genosse Wels wählte Mitteilungen zu machen von einer Sitzung des erweiterten Vorstandes der deutschnationalen Partei am 2. Mai. Die Sitzung war streng vertraulich, aber ihr Inhalt kam zur Kenntnis der Sozialdemokratie dank einem Protokoll, das unter Parteileitung in die Hände wanderte. Laut diesem Protokoll erklärte der deutschnationale Abgeordnete Everling in dieser Sitzung, daß die Gegner des Sicherheitspaktes in der deutschnationalen Fraktion wenig mehr als ein Tandem betragen.

Diese Mitteilung erzeugte in der Mitte und auf der Linken des Hauses stürmische Hört! Hört! Dem klaren konnte der neue Wahlsitz dieser rechtsradikalen Demagogen nicht aufgedeckt werden. Um so notwendiger ist es, einige Worte zu der Meinung zu sagen, die das Leipziger Tageblatt über diesen Vorgang äußert:

Das politische Leben würde geradezu unmöglich werden, wenn die Parteien nicht mehr unter sich beraten könnten, ohne in jedem Augenblick die Verletzung der Vertraulichkeit fürchten zu müssen. Die solchen Besprechungen häufige Eigenart ist. Etwas ganz anderes ist natürlich eine Verleumdung gegen die Sicherheit der Nation oder des Regimes, wobei Dritten keine andere Pflicht als die der Enthüllung obliegen kann, falls sie davon Kenntnis erhalten. Die Besprechung über die der Abgeordnete Wels berichtete, hatte indessen keinerlei konspirativen Charakter. Sie ging der Art nach nicht über das hinaus, was auch in anderen Parteien einschließlich der sozialdemokratischen hinter verschlossenen Türen erörtert zu werden pflegt, und der Abgeordnete Wels hätte daher, wie uns scheint, im Interesse des parlamentarischen Regimes besser gesagt, die Geheimnisse einer vertraulichen Beratung nicht auf die Rednerbühne des Reichstages zu tragen.

Das Leipziger Tageblatt hätte recht, wenn es sich in dieser Sitzung lediglich um die in einer Partei vor der Klärung einer Frage üblichen Auseinandersetzungen handelte. Da geht oft das Herz auf, der Mund fließt über und Dinge werden geredet, die vor der Öffentlichkeit vom Redner anders formuliert würden. Aber hier handelte es sich doch um mehr als um die in vertraulicher Besprechung übliche Meinungsäußerung, die dann als Meinung einer Partei zu würdigen ist und zur Debatte steht. Hier handelte es sich darum, daß das uneheliche Spiel der Deutschnationalen in vertraulicher Sitzung festgelegt wurde. Man bedenke, welchen Namen die Deutschnationalen wider das Werk von Locarno inwiefern! Wie sie selbst ihren Halbgoth Hindenburg anrufen, weil er sich bereits für Locarno entschieden hat! Mit welchem Spektakel sie in der Öffentlichkeit bereits verkünden, daß sie wegen Locarno ein Misstrauen votum gegen den Kanzler, mit dem sie noch vor kurzem in der Regierung zusammengehört, einbringen werden! Und dieser Mummel gegen Vertraute, die von der Mehrzahl der deutschnationalen Volksvertreter als notwendig anerkannt werden! Solche Art Politik zu treiben, ist demart vergiftend, und eine Schandung des Parlamentarismus, daß jede Entlarvung dieses Treibens gerade im Interesse des parlamentarischen Regimes liegt.

Derartige Schieberereien der deutschnationalen Volksbetrüger sind nicht gerade neu, aber sie wurden demart selten belegt, daß Wels' Enthüllungen nicht nur unumgänglich waren, sondern daß diese Enthüllungen im Volke auch hinreichend verbreitet werden müssen. Nur so ist es möglich, die Ketten des Volksbetrugs aus dem patriotisch gefärbten deutschnationalen Netz zu kammern.

seindlich gefasst sind, sich aber bisher zurückgehalten haben, weil sie nicht an die Möglichkeit eines bescheidenen Beschlusses der Sozialisten glauben, sich nun ans Werk machen werden, um eine von den Sozialisten beherrschte oder wesentlich beeinflusste Regierung unmöglich zu machen. Es steht außer dem noch keineswegs fest, ob die linksbürgerlichen Parteien bereit sein werden, die von den Sozialisten formulierten Bedingungen anzunehmen. Eine der wesentlichsten Forderungen der Sozialisten wird sein, der Finanzpolitik von vornherein einen inflationsfeindlichen Charakter zu geben. Etwas wird von heute an nicht mehr möglich sein: die französische sozialistische Partei zu beschuldigen, den Mut nicht aufgebracht zu haben, in einem höchst kritischen Augenblick die Regierungsverantwortung übernehmen zu wollen. Welches auch der Verlauf der Krise sein mag, ob es zur Bildung eines Ministeriums mit Sozialisten kommen wird oder nicht, der französische Sozialismus hat den Weg eingeschlagen, auf dem auch die ärgste Reaktion in Frankreich ihn nicht mehr zur Einflußlosigkeit herabdrücken kann. Ob im Zusammenhang mit dem Beschluß der Fraktion ein außerordentlicher Parteitag dringend einberufen werden soll, darüber wird der Parteivorstand am Mittwoch entscheiden.

## Rußland und die KPD.

Lenin an die Kommunisten von heute

In den letzten Monaten ist Sowjet-Rußland wieder mehr in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Es ist das nicht nur eine Folge der Konsumkrise, die die KPD mit den sogenannten Rußlanddelegationen aufgeführt hat, sondern diese war nur der allzu durcheinanderlaufenden agitatorischen Teil einer großartigen politischen Kampagne, mit der Sowjet-Rußland sich neue Stützpunkte in Europa zu schaffen und auf die Gestaltung der sozialistischen Weltverhältnisse einen Einfluß zu gewinnen sucht. Doch mit den außenpolitischen Wandlungen der Sowjet-Diplomatie, die Arbeiterpolitik der kommunistischen Internationale allzusehr verengt wurde, sprachen Ruth Fischer und Maslow aus, und das besiegelte ihren Sturz; Leute, die zu sehr hinter die Kulissen geschaut haben, werden in der Führung der Sektionen der Komintern nicht mehr beliebt, man kehrt zu den Thalmännern und geistigen Rußen zurück.

Wir aber haben allen Anlaß, die Dinge ernstlich zu betrachten und vom parteipolitisch-agitatorischen Blickfeld auf das Gebiet rein sachlicher Untersuchung zurückzuführen, wenn anders das Problem Rußland im Sinne wahrhaft internationaler, praktischer Arbeiterpolitik gelöst und die Arbeiterklasse aus dem kommunistischen Whorlennebel auf den Boden marxistischer Erkenntnis zurückgeführt werden soll. Ganz ausgezeichnete Dienste leistet hierbei die Lektüre einer Rede, die Lenin am 7. März 1918 auf dem 7. Parteitag der russischen Kommunisten gehalten und deren stenographisches Protokoll man erst vor kurzem aus dem Archiv der KPD ans Tageslicht gebracht hat. (Berlag für Literatur und Politik, Wien 8, Arbeiterliteratur.) Lenin gibt hier zunächst ganz offen die russischistische Logik der russischen Revolution für den Fall zu, daß die zentral-europäischen Länder nicht in der Revolution folgen. Er beflagt, daß es in Deutschland nicht vorwärts gehe, aber die Geschichte nehme leider auf solche Wünsche keine Rücksicht.

Das ist eine Bege, denn es ist eine absolute Waise, daß wir ohne die deutsche Revolution zugrunde gehen werden. In einem solchen Lande (Rußland) war es leicht, die Revolution anzufangen, das hieß ein feberhaftes Gewand hochheben; aber ohne Mühe und Vorbereitung die Revolution in einem Lande anzufangen, wo der Kapitalismus sich schon entfaltet hat und dazu gelangt ist, dem letzten Menschen demokratische Kultur und Organisation zu geben — das ist ein Wahn. Dort irren wir erst ein in die qualvolle Vorperiode der sozialistischen Revolutionen... Ja, wir werden die internationale Weltrevolution erleben, aber einseitig ist das ein sehr quies Märchen, ein sehr hübsches Märchen. Ich vertrete sehr gut, daß die Kinder ein hübsches Märchen lieben, aber ich frage: soll auch ein ernsthafter Revolutionär an Märchen glauben?

Nein, sagt Lenin und er empfiehlt darum in seiner Rede weiter, sich „anzuwachen“ und „auf dem Bauch im Dreck zu kriechen“, wer das nicht könne, sei „kein Revolutionär, sondern ein Maulheld“. Nun, man kann nicht sagen, daß die kommunistische Bewegung der seit dieser klaren Rede vergangenen Jahre sich in deren Sinn als eine revolutionäre erwiesen hätte: sie hat den Weg des Maulheldentums gewählt und damit der Sache Rußlands, die sie in lösenden Whorlennebel und schmutzigen Manifesten vertrat, den schlechtesten Dienst erwiesen. Daß Rußlands Revolution unsichtbar bleiben mußte für den Weltsozialismus, wenn sie isoliert blieb, hat nicht Lenin uns sagen müssen: das Wapide einer kommunistischen Dase in gerade von der Sozialdemokratie immer wieder betont worden. Wer aber wollte verkennen, daß es gerade das Maulheldentum der KPD war, das das Fortschreiten im Anschluß an die russische Revolution verhindert hat? Heute kämpft die moskowitzische Generalität in Europa um die Schaffung einer „Arbeiterlinken“, um Rußland ideologische Stützpunkte zu verschaffen. In England hat sie hierin Erfolge zu verzeichnen, die britischen Proletarier wollen zwar vom Parteikommentar nichts wissen, aber vielleicht gerade, weil er in England ein solch embryonales Dasein führt und nicht vermodert hat, die Atmosphäre des proletarischen Kampfes zu vergiften, haben

## Die französischen Sozialisten für Regierungsübernahme

Brandauftrag gescheitert

P. Paris, 24. November. (Sig. Draht.) Branda ist mit seinem Auftrag gescheitert. Er hat auch mit Leon Blum und Paul Doumer über den Eintritt der Sozialisten in das von ihm zu bildende Kabinett verhandelt. Um 3 Uhr nachmittags ließ er sich ins Schloß, um den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettbildung in die Hände des Präsidenten der Republik zurückzugeben. In einer der Presse gegebenen Erklärung verurteilte Branda seine Ablehnung damit, daß es ihm nicht gelungen sei, alle seine politischen Freunde zur Mitarbeit im neuen Ministerium um sich zu vereinen. Seine Absicht, ein Kabinett zu bilden, in dem alle Gruppen der Linken von Leon Blum über bis zum Zentrum vertreten sein sollten, sei daran gescheitert, daß die Sozialisten ihm ihre Mitarbeit verweigert hätten. Es konnte nicht eine Minute zweifelhaft sein, daß für die französischen Genossen eine Mitarbeit mit den gemäßigten Republikanern der Mitte, deren ganze Politik weit mehr nach rechts als links neigt, ernstlich in Frage kommen würde. Der Präsident der französischen Republik hat unmittelbar nach der Ablehnung Branda's den Präsidenten der Finanzkommission des Senats, Paul Doumer, zu sich berufen und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut. Doumer hat sich eine Forderung von 24 Stunden ausgesprochen. Er gehört nicht dem Linken, sondern der Gruppe der „Union Republicaine“ des Senats, die den gemäßigten Republikanern der Kammer entspricht, und der unter anderem Poincaré und Barthou angehören. Ueber die politische Einstellung eines von Doumer gebildeten Kabinetts kann also kaum ein Zweifel bestehen. Doumer wird versuchen, eine Koalition zustande zu bringen, die den rechten Flügel der Sozialisten bis zu den Parteien des Nationalen Volksrates umschließt. Die Voraussetzung dafür würde allerdings eine Spaltung im Lager der Sozialisten und Radikalsocialen sein, von denen in diesem Falle wahrscheinlich der größere Teil unter der Führung Percier's zusammen mit den Sozialisten in die Opposition gehen würde.

### Einmütige Regierungsbereitschaft der Partei

P. Paris, 24. November. (Sig. Draht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag, abends gegen 9 Uhr, eine von Comodore Morel eingebrachte Entschließung zur innerpolitischen Lage einstimmig angenommen. In ihr heißt es, daß die Fraktion nach wie vor volles Vertrauen zu den von ihr vorgeschlagenen finanziellen Lösungen habe. Sie sei überzeugt, daß diese, vorbereitet und begleitet durch Maßnahmen von einer den Umständen angepaßten Energie, in der Lage sei, die finanzielle Rettung des Landes sicherzustellen und von der letzten Gefahr in Zukunft die Existenz der republikanischen Einrichtungen selbst abhängig. Die Fraktion erkläre sich deshalb bereit, die Durchführung der von ihr vorgeschlagenen Lösung sicherzustellen, indem sie entschlossen ist, die Bildung der Regierung zu übernehmen, ohne Rücksicht auf die geringe Zahl ihrer Vertreter im Parlament. Die Fraktion werde vor keinem Hindernis zurückweichen. Sie sei bereit, die Macht zu übernehmen im Zusammenarbeiten mit denjenigen demokratischen Parteien, die sie selbst unterstützt habe unter der Voraussetzung, daß diejenigen Lösungen und Bedingungen, die allein im Interesse des Landes zu sein, durchgeführt würden.

### Ein taktischer Zug ohne praktische Folgen?

P. Paris, 24. November, 11 Uhr abends. (Sig. Draht.) Die sozialistische Kammerfraktion, mit der der Beschluß der sozialistischen Fraktion nicht wurde, erklärt sich dazu, daß er im Sinne des Wels' nichts mehr als ein taktischer Zug ohne prakti-

ische Folgen gedacht ist, während die Anhänger der Regierungsbereitschaft ihn durchaus ernst nehmen und behandeln wissen wollen. Bei den bürgerlichen Parteien erregte die Bekanntgabe dieser Entschließung lebhaftes Aufsehen, wobei allerdings die meisten bürgerlichen Abgeordneten darin mehr einen Versuch erblickten, durch einen förmlichen Gegenstand die Beteiligung an der Regierung ein neues Mal zu vermeiden. Andere hielten es indessen nicht für ausgeschlossen, daß der Präsident Doumer, falls sich seine sonstigen Bemühungen um das Zustandekommen eines Kabinetts als vergeblich erweisen sollten, von dem Vorschlag der Sozialisten tatsächlich Gebrauch macht und den Genossen Leon Blum mit der Kabinettbildung beauftragt. In diesem Falle dürfte es sich allerdings um ein Experiment von kurzer Dauer handeln, da es nicht recht einzusehen ist, woher eine vorwiegend von Sozialisten zusammengesetzte und beschlossene Regierung eine Mehrheit im Senat bekommen sollte. Selbst in der Kammer wäre, nach den jüngsten Erfahrungen, kaum eine Mehrheit für die Finanzpläne der Sozialisten zu erwarten, deren Kernstück eine rückwärtslose Kapitalabgabe ist.

Zur Abstellung des sozialistischen Beschlusses sei noch hervorzuheben, daß er nicht eine reinsozialistische Minderheitsregierung, sondern die Übernahme des Ministerpräsidentenpostens und weiterer wichtiger Ämter durch Sozialisten, aber auch die Derangierung entscheidender linksgerichteter Persönlichkeiten aus dem Lager der bürgerlichen Radikalen und sozialistischen Republikaner vorzieht.

### Bedingungen und Voraussetzungen

P. Paris, 25. November. (Sig. Draht.) Von einem Mitglied des Parteivorstandes der sozialistischen Partei werden dem Parlamentarischen Bureau des Sozialisten folgende Erklärungen über den Beschluß von Fraktion und Parteivorstand abgegeben: Der 24. November wird in der Geschichte des französischen Sozialismus ein wichtiges Datum bedeuten. Die absolute Einmütigkeit, in der am Dienstag nachmittags die hundert Mann starke sozialistische Gruppe, die vollständig verammelt war, der Entschließung zustimmte, in der sich die Sozialisten bereit erklären, unter gewissen, genau festzulegenden Bedingungen an der Regierung teilzunehmen, wird in ganz Frankreich den tiefsten Eindruck machen. Vor einigen Tagen noch konnte es scheinen, als ob es darüber zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten kommen würde. Unter dem Eindruck der außerordentlichen Situation, in der sich Frankreich gegenwärtig vor allem in finanzieller Hinsicht befindet, und angesichts der Drohungen, die von sozialistischer Seite gegen die republikanisch-parlamentarische Regierung ausgesprochen wurden, ist es zu einem einstimmigen Beschluß gekommen, dessen Durchführung davon abhängen wird, ob die linksbürgerlichen Parteien entschlossen sind, das Kampfprogramm anzunehmen, das die Sozialisten für notwendig halten. Einstimmig hat sich die Partei für die Festlegung eines parlamentarisch-republikanischen Kabinetts ausgesprochen als Hauptvoraussetzung zur Teilnahme an der neuen Regierung. Einstimmig hat sie beschlossen, ein kurzes Manifest an das französische Volk zu richten, in dem sie ihre Bereitwilligkeit kundgibt, die nötige Verantwortung auf sich zu nehmen, unter der Bedingung, daß ihr die Möglichkeit gegeben wird, in der Regierung jene Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig hält.

Es wäre verfehlt, nun anzunehmen, daß damit die Krise rasch gelöst werden könne, denn es ist sicher, daß Kräfte, die dem Eintritt der Sozialisten in die Regierung